

Berlin muss Konsequenzen ziehen – allerdings ohne diesen Bürgermeister

Regierenden

von KLAUS KELLE

In diesen Minuten werden auch die letzten betroffenen Haushalte im Südwesten Berlins wieder mit Strom versorgt. Das ist eine gute Nachricht – und auch die einzige seit dem vergangenen Samstag. Da waren plötzlich Zehntausende Haushalte und Supermärkte, Läden, Lokale und Unternehmen im Südwesten von Berlin ohne Strom, weil Linksextremisten einen terroristischen Anschlag ausführten, der nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und den Senat völlig unvorbereitet trafen.

Während Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen nun endlich Pause haben, rückt die Verantwortung für das politische Versagen immer stärker in den Mittelpunkt.

Das betrifft in erster Linie den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner von der CDU. Es ist nur noch zu klären, ob er jetzt schnell selbst Verantwortung übernimmt und zurücktritt, oder ob ihn die Wähler im September bei der anstehenden Abgeordnetenhauswahl zum Teufel jagen. Sicher ist, dass dieser Mann keine politische Zukunft mehr haben wird.

In den ersten Stunden des Blackouts gab es für die Betroffenen praktisch keine Informationen der Behörden, Wegner war am ersten Tag anscheinend überhaupt nicht vor Ort. Als er sich dann endlich am Sonntag öffentlich meldete, erzählte er, wie viel er aber in der Zeit davor doch telefoniert habe. Unfassbar...

Die Infrastruktur der Hauptstadt ist offenbar nicht einmal ansatzweise vor Sabotageaktionen geschützt. Ein gezielter Brandanschlag auf eine Kabelbrücke am Teltowkanal, bei dem fünf Hochspannungskabel zerstört wurden, reichen aus, um Zehntausende Haushalte lahmzulegen.

Es wird jetzt diskutiert, ob Behörden Hinweise auf mögliche linksextreme Sabotageakte im Vorfeld unterschätzt haben. Und, besonders stößt den Bürgern auf, dass während die Infrastruktur, Berlins Lebensader, verrottet, aus dem Sondervermögen des Bundes für die Modernisierung genau dieser Strukturen in Berlin rund **3,2 Milliarden Euro** (von insgesamt 5) für Baumpflanzungen, Grünflächenpflege und Regenwassermanagement verballert werden.

Der aktuelle Terroranschlag der linksradikalen „Vulkangruppe“ wirft zum wiederholten Mal ein Schlaglicht darauf, wie Berlin seit Jahren, manche sagen seit Jahrzehnten, die Sicherheit vernachlässigt und den gewalttätigen Linksextremismus verharmlost, während man Rechte als den großen gefährlichen Popanz hinstellt. Ein Senat hat aber die verdammte Pflicht, gegen jede Gefährdung der Sicherheit energisch vorzugehen. Wenn die Berliner – auch das gehört zur Wahrheit – aber immer wieder Politiker in die Verantwortung wählen, die teilweise mit den Linksterroristen sympathisieren, zumindest Verständnis für diese Politkriminellen haben, wird sich nichts ändern in der Vier-Millionen-Metropole.

Apropos: Haben Sie eigentlich in diesen fünf Tagen in Zehlendorf irgendwas von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) gehört? Ich meine, mit seiner Autokolonne bräuchte er nur 20 Minuten vom Kanzleramt bis ins Zehlendorfer Epizentrum...

Blackout im Berliner Südwesten: 50.000 Haushalte ohne Strom

von KLAUS KELLE

ZEHLENDORF – Frohes neues Jahr? Vergessen Sie es, jedenfalls, wenn Sie im Südwesten Berlins leben! Seit dem frühen Morgen sind rund 50.000 Haushalte und 2.000 Betriebe in Nikolassee, Wannsee, Zehlendorf und Lichterfelde ohne Strom. Was oberflächlich wie ein technischer Defekt wirkt, hat sich innerhalb weniger Stunden zu einem Kriminalfall entwickelt, der die Sicherheitsbehörden der Hauptstadt in höchste Alarmbereitschaft versetzt.

Denn im Jahr 2026 ist die Sensibilität für Angriffe auf die kritische Infrastruktur (KRITIS) nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre auf einem historischen Höchststand.

Die Dimension des aktuellen Ausfalls weckt düstere Erinnerungen

Der massive Blackout im Südosten Berlins im September des Vorjahres ist noch gut in Erinnerung. Damals waren zwei Strommasten Ziel eines politisch motivierten Brandanschlags, vermutlich von Linksextremisten. Die Parallelen jetzt sind beängstigend: Wieder sind rund 50.000 Kunden betroffen, wieder ist der Tatort ein exponierter Punkt der Infrastruktur, und wieder droht der Ausfall über Tage anzuhalten.

Sollte sich der Verdacht der Brandstiftung bestätigen, steht Berlin erneut vor der Frage, wie verwundbar die deutsche Hauptstadt gegen hybride Bedrohungen aus Russland oder linksextremistische Sabotageakte ist. Kabelbrücken und Strommasten sind oft nur schwer lückenlos zu überwachen. Sie bilden die „weichen Ziele“ einer hochtechnisierten

Gesellschaft, deren Stilllegung mit minimalem Aufwand maximale gesellschaftliche Destabilisierung erzeugt.

Ein Stromausfall im Jahr 2026 bedeutet weit mehr als dunkle Wohnzimmer

- **Mobil- und Festnetz:** Die Polizei warnt bereits in den sozialen Netzwerken vor massiven Störungen der Telekommunikation. In einer Welt, die auf Echtzeit-Kommunikation basiert, bedeutet der Ausfall der Masten eine Isolation ganzer Stadtteile.
- **Notrufsysteme:** Wenn das Handy nicht mehr funktioniert, ist der Notruf 110 oder 112 unerreichbar. Die Polizei hat daher die Bürger aufgerufen, bei dringenden Notfällen direkt Feuerwachen oder Polizeidienststellen aufzusuchen – ein Rückgriff auf analoge Sicherheitsstrukturen in einer Krisensituation.
- **Wirtschaftlicher Schaden:** 2.000 betroffene Betriebe bedeuten im Klartext: Kühlketten unterbrochen, Kassensysteme tot, Produktionsausfälle. Der wirtschaftliche Schaden geht bereits jetzt in die Millionen.

Während der Stromnetz-Betreiber in Berlin händisch versucht, die Störung bis zum Abend zu beheben, bleibt für die Bewohner von Wannsee und Zehlendorf nur die Flucht. „Wer die Möglichkeit hat, woanders zu sein heute, wo es warm ist und wo der Strom fließt, sollte die Möglichkeit nutzen“, teil die Stadt mit.

Der aktuelle „Blackout“ zeigt aber erneut, dass Sicherheit nicht nur an den Außengrenzen oder in der digitalen Cloud verteidigt werden muss, sondern ganz real an den verrosteten Kabelbrücken unserer Städte. Der Berliner Südwesten bleibt vorerst dunkel – und die Suche nach den Tätern wird zum Lackmustest für die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates gegen Sabotage von innen.